



öffentlich

Betreff:
Tarifsteigerung

Erstellungsdatum 20.05.2003

Eingang 02:

Einreicher: PDS-Fraktion

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
04.06.2003	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Landeshauptstadt Potsdam spricht sich gegen die beabsichtigten drastischen Tarifierhöhungen beim ÖPNV im Rahmen des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg aus. Der Oberbürgermeister als Gesellschaftervertreter bzw. der Vertreter der Landeshauptstadt im Aufsichtsrat wird beauftragt, in den Gesellschaftsorganen der VBB GmbH entsprechend tätig zu werden.

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt			
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Mit Tarifierhöhungen bis zu 18 % sollen Kostensteigerungen bei der VBB GmbH sowie wegfallende Zuschüsse für die Schülerbeförderung im Land Brandenburg kompensiert werden. Damit werden die Fahrgäste für die Gesetzgebung des Landes Brandenburg im Rahmen des Kommunal-Entlastungsgesetzes sowie Effizienzmängel in der Verbundgesellschaft zur Kasse gebeten. Für zu erwartende Fahrgastrücläufe und die zusätzliche ökologische und soziale Belastung gibt es jedoch kein Kompensationskonzept. Deshalb fordert die Stadtverordnetenversammlung den Verzicht auf die Preissteigerung sowie eine Effektivierung der Verbundstruktur.